



Hannes Rockenbauch, Stadtrat (Parteiloses Bündnis SÖS),
Kandidat bei der Wahl zum Oberbürgermeister

Nach-Denk-Zettel Nr.

4

Skrupellose Manager, kriminelle Banken, mutlose Politiker:

Eine ehrliche Politik – sie ist möglich!

Interview mit Hannes Rockenbauch

Sie haben den Gemeinderat und die LBBW in große Aufregung versetzt mit Ihrer Kritik an kriminellen Nahrungsmittel-Spekulationen der LBBW. Einige sprachen Ihnen sogar das Recht ab, weiter dem Gemeinderat anzugehören.

Hannes Rockenbauch: Ein prägendes Erlebnis: CDU, SPD, FDP, Grüne und der Republikaner fielen über mich her. Die Parteien empörten sich, meine Kritik sei eines Amtsträgers nicht würdig. Das Verhalten von CDU und SPD hat mich nicht überrascht. Verwundert hat mich der Eiertanz einiger Grüner. Ich habe wieder einmal erlebt, wie die Mitgliedschaft von Stadträten in Aufsichtsgremien Kritiklosigkeit und Wohlverhalten erzeugt. Ungeschminkte Systemkritik ist den etablierten Parteien offenbar ein Grauel. Aber es ist ein toller Erfolg: auf Grund des öffentlichen Drucks hat die LBBW angekündigt, sich nun aus der kriminellen Nahrungsmittelspekulation zurückzuziehen. Ich bin wirklich gespannt, ob der Ankündigung auch konsequente Taten folgen. Wir müssen auf jeden Fall wachsam bleiben. Trotzdem kann man jetzt schon sagen: Wir haben lokal gehandelt, mit globalen Auswirkungen. Danke an alle, die mir den Rücken gestärkt haben.

Sie fordern die Gründung einer Stadtparkasse. Kann man denn aus dem weltweiten kriminellen System der Banken einfach aussteigen?

Hannes Rockenbauch: Wenn man den politischen Willen hat, geht das. Niemand kann eine Stadt und ihre Stadtparkasse dazu zwingen, kriminelle Geschäfte zu machen oder ihren BürgerInnen faule Produkte aufzuschwatzen. Es sind immer wieder Déjà-vu Erlebnisse im Gemeinderat. Vor Jahren habe ich Tempo 30 gegen den Feinstaub gefordert. Ich habe gegen die Cross-Border-Leasing-Geschäfte protestiert und Stadtwerke gefordert. Hohn und Spott kam von den bürgerlichen Parteien. Heute haben sie meine Positionen fast übernommen. Weit vor der Finanzkrise habe ich beantragt, aus der LBBW auszusteigen und eine Stadtparkasse zu gründen. Dieser Schritt hätte den Stuttgarter Gemeinderat hunderte Millionen von Euros gespart. Trotz der LBBW-Zockerei und Nahrungsmittelspekulationen gibt es bis jetzt immer noch dasselbe Geheule, wenn man die LBBW kritisiert. Aber ich habe das Gefühl, lange werden die etablierten Parteien sich nicht mehr verstecken können.



Hat man in der Kommunalpolitik überhaupt einen Spielraum angesichts der Finanzkrise?

Hannes Rockenbauch: Stuttgart ist eine der reichsten Großstädte der Republik. Aber Stuttgart ist gleich nach Hannover auch die Stadt, in der die Schere zwischen reich und arm am weitesten auseinander geht. 50 000 Menschen leben in Stuttgart von sozialer Mindestsicherung. Wozu brauchen sie neue Einkaufstempel? Wer es ehrlich meint mit Veränderungen, der muss vor allem die benachteiligten Menschen in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung stellen.

Die Stadt sagt: Dafür gibt es kein Geld.

Hannes Rockenbauch: Ja, und so handelt sie auch, weil eine Unterordnung unter die Logik des Profits gilt. Föll und Schuster lieferten das aktuellste Beispiel: Am 11. Juli 2012 erfuhren die Gemeinderäte aus der Zeitung, dass 108 Millionen zusätzlich für die sogenannte Risikovorsorge für Stuttgart 21 rückgestellt werden sollen. Und alle anderen Fraktionen segneten dies ab. In den letzten Haushaltsberatungen fehlte das Geld, um die Schulsanierung und den Kitausbau, wie von unserer Fraktion beantragt, zu finanzieren. Für Stuttgart 21 sitzen die Millionen locker – und das natürlich ohne Bürgerentscheid. Wem nützt diese Politik? Wem nützt es, wenn Stuttgarts Stadtbild durch seelenlose Immobilienprojekte verhandelt wird? Den Profiten der Baukonzerne und der Immobilien-Mafia, denen die Gemeinderatsmehrheit fast freie Hand gibt. Eine andere Politik ist überfällig!

Was müsste vordringlich geändert werden?

Hannes Rockenbauch: Für einen grundsätzlichen Politikwechsel braucht es eine Befreiung aus dem wirtschaftlichen Filz und der Parteienlogik. Oberbürgermeister Schuster ist mit



der Industrie und den CDU-Seilschaften bestens verbandelt. Jetzt will der selbst ernannte Bürger-OB Turner offenbar diese Tradition nahtlos fortsetzen, indem er jetzt schon mal großzügige Wirtschaftsspenden dankbar annimmt.

„Politik ist halt ein schmutziges Geschäft“, sagen viele und resignieren. Wie wollen Sie das ändern?

Hannes Rockenbauch: Die Vorstellung, dass Politiker immer korrupt sein müssen, ist Quatsch. Das Problem sind die Mechanismen unseres etablierten Politikbetriebs. Es ist dieser Betrieb und die Parteienlogik, die mutloses Mitlaufen, Funktionieren im Fraktionszwang und das Schweigen zu unpopulären Themen produziert. Das Schielen nach der Gunst der wirtschaftlich Mächtigen spitzt das Ganze zu. Die LBBW-Debatte ist hierfür typisch. Ein anderes Beispiel ist die Feinstaubproblematik. In Stuttgart will es sich niemand mit Automobilfirmen und den großen Zulieferer verschmerzen.

Eine ganz andere frischere und freiere Art Politik habe ich in vielen Bürgerinitiativen mitaufgebaut und unterstützt. Diese Netzwerke will ich stärken und besser verknüpfen. Die letzten zwei Jahre in Stuttgart haben gezeigt, dass die BürgerInnen bereit sind, ihre Kräfte und ihre Kompetenz einzubringen. Die Politik muss ihnen nur endlich die Tür öffnen.

Wie kann ein solcher Prozess praktisch aussehen?

Hannes Rockenbauch: Ernst gemeinte Bürgerbeteiligung ist in Stuttgart noch ungewohnt, aber auch nicht ganz neu. Mit unserem Demokratieratschlag "Demokratie statt Arroganz" haben wir bereits 2008 einen Anfang gemacht. Das Rathaus muss zum Haus der Bürgerkompetenz werden. Ein demokratischer Prozess benötigt Zeit. Als erster Schritt ist vor allem der Zugang zu allen relevanten Informationen nötig. Nur dann ist allen eine vernünftige Abwägung möglich. Im Stuttgarter Gemeinderat wird aktuell grundsätzlich fast alles nichtöffentlich vorberaten. Erst wenn die Entscheidungen gefallen sind, wird es im Gemeinderat verhandelt. Das führt dazu, dass die Öffentlichkeit mit ihrer Kritik oder mit ihren konstruktiven Anregungen meist zu spät kommt. Das will ich als Oberbürgermeister wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Neben der Transparenz ist es mir wichtig, dass wir gemeinsam neue Formate der Beteiligung erproben, um zentrale Fragen solidarisch miteinander zu klären: „Wie wollen wir ohne Ausbeutung von Mensch und Natur leben?“, „Wie wollen wir unsere Lebensbedingungen und die Identität Stuttgarts bewahren?“, „Wie schaffen wir einen Stuttgarter Beitrag zur Energiewende?“. Die Antworten will ich mit allen StuttgarterInnen entwickeln. Dazu gibt es schon viele Ideen aus Bürgerinitiativen und anderen Gruppen.

Insgesamt erfordert das Ziel einer Stadt-Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur einen zivilisatorischen Wandel. Meiner Meinung nach reicht es nicht, auf grüne Technik zu setzen oder einfach eine soziale Politik zu machen.



Stuttgart braucht einen OB, der den Mut hat, mit der angeblich alternativlosen Logik des „Höher, Schneller, Weiter“ und des ungebremsen Wachstums zu brechen. Nicht das Wohl der Investoren darf an erster Stelle stehen, sondern das der normalen Menschen. Statt auf Konkurrenz und Wettkampf setze ich auf einen fairen Wettstreit der Ideen, eine solidarische Gesellschaft und Kooperation der BürgerInnen. Statt Anerkennung und Zugehörigkeit nur über Arbeit und Konsum zu definieren, setze ich auf eine demokratische Mitmachgesellschaft, die Vielfalt als Chance sieht. So ein zivilisatorischer Wandel lässt sich nicht von oben verordnen. Eine andere Politik muss von den Menschen „von unten“ gelebt werden. Genau an diesem emanzipatorischen Prozess arbeiten wir mit unserer Initiative „Stuttgart bewahren gestalten verändern“.

Haben Sie nicht insgesamt eine zu idealistische Perspektive, was die Bevölkerung alles erkämpfen könnte?

Hannes Rockenbauch: Sicher sagen manche: Der junge Kerl hat Flausen im Kopf! Ja, ich bin jung, und ich bin voller Energie. Meine jahrelange Erfahrung im Gemeinderat hat mich nicht davon abbringen können, mich für meine Heimatstadt Stuttgart und meine MitbürgerInnen einzusetzen. Die aktuelle, moralisch fragwürdige Politik hat viele resignieren lassen, das sehen wir auch bei Stuttgart 21 oder dem sogenannten Filderdialog. Aber das Wissen und der Wunsch nach Veränderung bleiben. Es gibt unzählige Bürgerbewegungen, die in Deutschland und in Stuttgart für eine andere Politik kämpfen, für die Abschaltung der AKWs, für die Energiewende, gegen die Verpestung der Luft durch Feinstaub, für eine bessere Bildung, gegen die hohe Strahlenbelastung für ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept, gegen das kriminelle Bankensystem. Sie alle brauchen Unterstützung von PolitikerInnen, die nicht an den Fäden der Industrie und ihrer Lobbyisten hängen. Die StuttgarterInnen haben mit ihrem Kampf gegen Stuttgart 21 gezeigt, wie engagiert sich BürgerInnen für eine Sache einsetzen. Das macht die Demokratie aus, darauf baue ich. Diese BürgerInnen machen mir Mut, und ich möchte sie darin bestärken, sich weiter zu engagieren.



Erlebte Doppelmoral

... und ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter.

In der Stuttgarter Kommunalpolitik erleben wir zur Zeit ein Lehrstück der Doppelmoral der Parteien.

CDU, SPD und Grüne stimmen dem Ausverkauf der LBBW-Wohnungen an die Heuschrecke Patrizia zu, ihre OB-Kandidaten fabulieren weiter auf jeder Podiumsdiskussion von der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

CDU, SPD und Grüne versprechen im Gemeinderat bezahlbare Mieten, befürworten aber in der SWSG eine 60%-ige Mieterhöhung.

CDU, SPD und Grüne versprechen eine Verbesserung der Kinderbetreuung, stimmen aber der Verkürzung der Regel-Betreuungszeiten zu.

CDU, SPD und Grüne sprechen sich gegen Diskriminierungen aus, aber den Antrag, der das auch in punkto sexuelle Orientierung sicher stellen sollte, fand bei ihnen keine Zustimmung. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke hatte beantragt, dass im pädagogischen Rahmenkonzept der Schülerhäuser beim Thema Inklusion und Vielfalt neben Religion, Herkunft, Geschlecht, gesundheitlicher Zustand und wirtschaftlicher Hintergrund, der Zusatz "sexuelle Orientierung" aufgenommen wird. Gerade im Rahmen der Zuschussverhandlungen mit kirchlichen Trägern hätte dieser Diskriminierungsausschluss eine entscheidende Rolle gespielt.

CDU, SPD und Grüne beanspruchen für sich, die Hüter der Demokratie zu sein, rechtfertigen aber die Hausdurchsuchung bei Richter Reicherter und die Verurteilung hunderter Stuttgart 21-Gegner.

CDU, SPD und Grüne haben unter dem Druck der S 21-Protest-Bewegung die Politik des Gehörtwerdens entdeckt, beim Filderdialog interessiert sie das Mehrheitsergebnis nicht.

CDU, SPD und Grüne singen das Lied von der Bürgerbeteiligung. Entgegen ihren Versprechungen nach einem Bürgerentscheid in Stuttgart, falls für den Stuttgarter Haushalt neues Geld nötig würde, lehnen sie einen Bürgerentscheid über die Erhöhung der Stuttgart 21-Rückstellung um 108 Millionen am 19.07.2012 ab.

Während die Parteien so auf vielen Gebieten Fortschritte verhindern, versprechen ihre OB-Kandidaten auf den Diskussionen das Blaue vom Himmel. Diese Politik ist unehrlich und spaltet weiter die Stadt. Eine neue Ehrlichkeit in der Politik ist notwendig.

(Nach einem Artikel aus dem StadtPlan 3/2012)

Turner verhindern reicht nicht!

Viele S21-Gegner und von der Landesregierung Enttäuschte wollen nicht zur Wahl gehen, auf keinen Fall Grün oder Rot wählen, oder aus Protest ungültig wählen. Dadurch würde Turners Anteil an den abgegebenen Stimmen wachsen. Je mehr S21-Gegner zu Wahl gehen, desto geringer ist diese Gefahr. Je höher Hannes Rockenbauchs Anteil, desto sicherer ist: Turner kommt im ersten Wahlgang nicht durch. Aber Turner verhindern reicht nicht, wir brauchen einen OB, der gegen Stuttgart 21 und insgesamt für einen Politikwechsel steht. Dafür kandidiert Hannes Rockenbauch.

Spenden Sie für die Wahlkampagne von Hannes Rockenbauch!

Von Null auf 40.000 Euro – mit Ihrer Hilfe.

Wir haben die Wahlkampagne mit einem Kontostand von 0 Euro begonnen, in der Hoffnung auf Ihre Unterstützung. Unser Wahlkampfteam arbeitet ehrenamtlich, wir planen einen sparsamen Wahlkampf. Wir haben keine Sponsoren, wir setzen auf Ihre Spendenbereitschaft.

Diese Art von Förderung der politischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene ist zu 50 Prozent von der Einkommenssteuer abziehbar, d.h.: pro Person kann man bis zu 1.650 Euro spenden und 825 Euro von der Steuer zurückbekommen.

SÖS-Spendenkonto für unsere Wahlkampagne:

KTO: 68 998 702 · BLZ: 430 609 67 · GLS Bank

Stichwort: Hannes Rockenbauch

Oder online über die Homepage:

www.rockenbauch.de



www.facebook.com/meinobkandidat

August 2012

Bildnachweis:

Yvonne Seidel

Josh von Staudach

Thomas Iglar

Wahlkampagnen-Büro Hannes Rockenbauch · Urbanstraße 72 · 70182 Stuttgart

Hannes Rockenbauch denkt nach über die Zukunft unserer Stadt und bittet Sie um Ihre Meinung und Vorschläge.

Schreiben Sie an: info@meinobkandidat.de

Weitere Nach-Denk-Zettel auf www.rockenbauch.de